

31 Verbreitung der Allgemeinsprache

In Hongkong weitet sich der Gebrauch des Hochchinesischen, der sog. Allgemeinsprache (*putonghua*), immer mehr aus. Dies liegt offensichtlich im Interesse der Hongkonger Regierung. Hatte diese bereits im vergangenen Jahr einen Putonghua-Tag angesetzt, so rief sie in diesem Jahr gleich einen ganzen Putonghua-Monat aus. Er soll von Mitte September bis Mitte Oktober dauern. Während dieser Zeit wird der Gebrauch von Putonghua propagiert und durch verschiedene öffentliche Aktivitäten gefördert. Hongkonger Geschäfte z.B. beteiligen sich an einem Einkaufs- und Geschäftsprojekt, indem sie Rabatte an Kunden geben, die beim Einkaufen Putonghua benutzen. Bekannte Popstars warben in Einkaufszentren und auf den Straßen für Putonghua. Banken wie die Hongkong and Shanghai Banking Corporation wiesen ihr Personal an, die Kunden in Putonghua zu begrüßen. Auch Rundfunk und Fernsehen taten das ihre, um die Allgemeinsprache zu verbreiten.

Noch vor einigen Jahren sprach die Hongkonger Bevölkerung ausschließlich Kantonesisch oder Englisch, aber kein Hochchinesisch. Doch seit dem Souveränitätswechsel findet Letzteres zunehmend Verbreitung. Der Grund liegt darin, dass die Hongkonger nicht mehr nur mit der Guangdonger Bevölkerung zu tun haben, sondern vermehrt mit Menschen in anderen Provinzen und Regionen Verbindung aufnehmen, sei es im Geschäftsleben, in Verwaltung, Bildungswesen oder Wissenschaft. Seit 1998 ist Putonghua in den Hongkonger Schulen Pflichtfach. Die Ansicht, dass Putonghua für die berufliche Karriere unerlässlich ist, setzt sich unter jungen Menschen immer mehr durch, denn die begrenzten Jobchancen in Hongkong bieten der Jugend wenig Aussichten. Die nächste Generation kann ihre Berufsaussichten deutlich verbessern, so die allgemeine Auffassung, wenn sie Putonghua beherrscht und damit flexibler einzusetzen wäre, sei es auf dem Festland oder anderswo.

Die Putonghua-Frage scheint sich zu einem neuen Sprachenstreit zu entwickeln. In den ersten Jahren nach dem Souveränitätswechsel 1997 ging

der Streit darum, ob an den Schulen Kantonesisch oder Englisch unterrichtet werden sollte. Die Regierung setzte gegen den Protest der meisten Eltern durch, dass mit wenigen Ausnahmen der Unterricht in der Muttersprache, also in Kantonesisch zu erteilen ist (vgl. C.a., 1999/11, Ü 29). Kaum hat sich dieser Streit beruhigt, bahnt sich nun abermals ein Sprachenstreit an, dieses Mal geht es um Kantonesisch oder Hochchinesisch. Während für die einen das Kantonese eine Frage der Hongkonger Identität ist, sehen die anderen im Hochchinesischen eine Voraussetzung für das künftige wirtschaftliche Überleben Hongkongs. Die Jugend müsse gute Sprachkenntnisse in Hochchinesisch und Englisch haben; nur dann hätte sie die Freiheit, Tätigkeiten auf anderen Arbeitsmärkten aufzunehmen.

Der Hongkonger Putonghua-Monat wird nach festlandchinesischem Vorbild veranstaltet. Auf dem Festland gibt es seit 1998 jeweils in der dritten Septemberwoche eine Putonghua-Woche. Die Zentralregierung möchte das Ziel des landesweiten Gebrauchs von Putonghua bis zum Jahr 2010 erreichen. Während dieses Ziel in den Städten weitgehend schon jetzt verwirklicht ist, macht die Verbreitung des Putonghua in den ländlichen Gebieten, vor allem in den Minderheitengebieten große Schwierigkeiten. Nicht zuletzt in Hongkongs Nachbarprovinz Guangdong wird in den letzten Jahren wieder stärker auf das Kantonese zurückgegriffen. Dies wird es den Hongkongern nicht erleichtern, sich des Putonghua zu bedienen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Putonghua für die Hongkonger Bevölkerung eine Fremdsprache ist. Nachdem man an zuvor englischsprachigen Schulen aus pädagogischen Gründen gerade erst zum muttersprachigen Unterricht übergegangen ist, weil der Lerneffekt in der Muttersprache besser ist, sollte man nicht schon wieder einen Wechsel der Unterrichtssprache vornehmen. Über die Sprachenfrage wird in Hongkong wohl noch länger gestritten werden. (Vgl. XNA, HK, 16.9.02 u. XNA, VRCh, 13.9.02; *The Straits Times*, 2.9.02) -st-

32 Geringerer Einfluss der englischsprachigen Zeitungen

Der Einfluss der englischsprachigen Zeitungen in Hongkong geht immer mehr zurück. Die beiden wichtigsten englischsprachigen Zeitungen der SVR, die *South China Morning Post* (SCMP) und *The Standard*, sind gezwungen, sich umzuorientieren und herauszufinden, welche Rolle sie künftig noch spielen können. Die vor rund 100 Jahren gegründete SCMP war es gewohnt, vor 1997 als Sprachrohr der britischen Kolonialregierung zu fungieren. Heute zieht es die Hongkonger Regierung vor, die chinesischsprachigen Medien als Sprachrohr zu benutzen, denn schließlich liest die Mehrheit der Bevölkerung die chinesischen Zeitungen. Die englischsprachigen Zeitungen werden praktisch nur von den in Hongkong lebenden Ausländern (den sog. *expatriates*) gelesen. Die Frage ist allerdings, inwieweit die Ausländer an lokalen Nachrichten interessiert sind. *The Standard* hat sich vor drei Monaten umorientiert, indem er den Wechsel von einer allgemeinen Zeitung zu einem Wirtschafts- und Sportblatt vollzogen hat. Auch die SCMP ist dabei, sich neu zu organisieren, zumal sie in den letzten Monaten mehrere ihrer besten Journalisten verloren hat (vgl. C.a., 2002/4, Ü 39). Das Blatt hat zunehmend Schwierigkeiten, in der politischen Berichterstattung seine Unabhängigkeit zu wahren. Kritische Berichte sind kaum noch möglich. Im Übrigen ist Hongkong als Standort für die Berichterstattung über die Politik in China längst von Beijing abgelöst worden. So bleibt die Frage, ob auch die SCMP sich künftig mehr auf die weniger sensitive Wirtschaftssparte konzentrieren und sich aus der politischen Berichterstattung zurückziehen wird. (Vgl. *The Straits Times*, 1.9.02) -st-

SVR Macau

33 Regierungschef Edmund Ho besucht Mosambik

Macaus Regierungschef Edmund Ho hielt sich vom 21. bis 26. September zu einem offiziellen Besuch in der Re-

publik Mosambik auf. Zu seiner Entourage gehörten die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou, der Sekretär für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam, der Koordinator der Wirtschafts- und Handelsdelegation der SVR Macau bei der Europäischen Union Raimundo do Rosário, der Präsident des Macau-Instituts für die Förderung von Handel und Investitionen Lee Peng Hong sowie 20 Geschäftsleute aus Macau. Der südostafrikanische Staat, der zu den zehn ärmsten Ländern der Welt zählt, gehört zur „Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder“, die noch Portugal, Brasilien, Kap Verde, Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe sowie Angola umfasst. Edmund Ho traf u.a. mit dem Staatsoberhaupt von Mosambik, Generalmajor Joaquim Alberto Chissano, mit Regierungschef Pascoal Manuel Mocumbi (er stattet im Oktober der VR China einen Arbeitsbesuch ab) und mit Außenminister Leonardo Santos Simão zusammen. Zuletzt hatte er Mosambik 1997 in seiner Eigenschaft als Präsident der Bankenvereinigung Macaus besucht. Edmund Ho betonte, seine Regierung werde lokale Geschäftsleute und darüber hinaus Unternehmen aus dem Perlflossdelta unterstützen, in Mosambik zu investieren und die Republik als Handelsplattform für den Zugang zu anderen afrikanischen Staaten zu nutzen. Francis Tam nannte Macau eine Dienstleistungsplattform für die Provinz Guangdong, Mosambik eine Plattform für den Süden Afrikas. Macaus Regierungschef nahm an der Zeremonie der Unterzeichnung pharmazeutischer Protokolle zwischen Unternehmen aus Macau und Mosambik teil. Beide Seiten, so Edmund Ho, würden noch eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnen, darunter Abkommen über die Ermutigung und den wechselseitigen Schutz von Investitionen und über Visabefreiung. Die Delegation besichtigte auch die Glücksspielstadt Sun City, um sich Anregungen für die Entwicklung Macaus als Glücksspiel-, Tourismus- und Kongresszentrum zu holen. Das nächste Reiseziel Edmund Hos wird im Oktober Südkorea sein.

Ebenfalls auf Auslandsreise waren im September der Sekretär für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long und der Sekretär für öffentliche Sicherheit Cheong Kuok Va;

beide besuchten Portugal. Während ihres Besuchs wurden mehrere Protokolle über die Zusammenarbeit in den Bereichen Luftfahrt und öffentliche Einrichtungen, Energie, Umweltschutz und Katasterwesen sowie Sicherheit unterzeichnet. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 15., 17., 22., 23., 25., 26.9.02; XNA, 22., 25.9.02) -ljk-

Taiwan

34 UNO-Aufnahmeantrag erneut gescheitert

Am 11. September wiederholte sich zum zehnten Mal in Folge ein jährliches Ritual: Taiwans Verbündete stellen den Antrag, die Aufnahme Taiwans als Mitglied der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung zu setzen, und die Mehrheit im Lenkungs-Komitee, das die Tagesordnung festsetzt, beschloss, diesen Antrag nicht zur Abstimmung anzunehmen.

Wie immer war das Ergebnis vorhersehbar. Zwar erfüllt Taiwan faktisch alle Aufnahmebedingungen, die es als autonomen, friedliebenden Staat auszuweisen hat, doch die Ein-China-Doktrin Beijings, von der großen Mehrheit der Staaten anerkannt, steht dagegen und erweist sich als unüberwindbares politisches Hindernis. Für Taiwan war die Ablehnung dieses Mal um so bitterer, als bald darauf mit Ost-Timor ein Staat neu aufgenommen wurde, dessen Situation als Territorium, das ein großer Nachbar als das seine erklärt, derjenigen Taiwans sehr ähnlich sieht – mit dem Unterschied, das Ost-Timor sein Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem übermächtigen Nachbarn durchsetzen konnte.

Aufmerksam registriert wurde in Taiwan, wer sich in der Debatte um die Tagesordnung nicht zu Wort gemeldet, also zumindest nicht gegen Taiwan argumentiert hatte. Es waren unter anderem die Vertreter der USA, Kanadas, Japans, Australiens und Neuseelands.

Unter seiner offiziellen Staatsbezeichnung als Republik China zählte Tai-

wan zu den Gründungsmitgliedern der UNO. Als 1971 die VR China in die UNO aufgenommen wurde, gab Taiwan im Sinne seiner damals noch offensiv vertretenen eigenen Ein-China-Doktrin seine Mitgliedschaft auf.

Mit einer Wiederholung des aussichtslosen Antrags im kommenden Jahr ist fest zu rechnen. (CNAT, nach BBC PF, 12.9.02; FT, 13.9.02; TH, 13.9.02) -hws-

35 Taipei eröffnet Vertretungsbüro in der Mongolei

Anfang September eröffneten Taiwan und die Mongolei im jeweils anderen Land Repräsentanzen zur Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Fremdenverkehr. Die Verhandlungen darüber waren im Februar aufgenommen, ein entsprechendes Abkommen war im Juni unterzeichnet worden. Die Vertretungsbüros nehmen konsularische Aufgaben war, implizieren jedoch keine diplomatische Anerkennung des jeweils anderen Staates. Entsprechend wird die taiwanische Vertretung – ähnlich wie in anderen nicht mit Taiwan verbündeten Ländern – unter Vermeidung des Staatsnamens als „Taipei Trade and Economic Representative Office“ bezeichnet.

Damit rückt Taiwan einen weiteren Schritt von dem überkommenen Anspruch ab, den es gemäß seiner Verfassung als „Republik China“ auf die Mongolei als angeblichen Teil des chinesischen Territoriums erhebt. Ein erster Schritt war Ende Januar erfolgt; damals hatte das Kabinett beschlossen, Bürger der Mongolei verwaltungstechnisch als Ausländer zu behandeln. (Vgl. C.a., 2002/2, Ü 31) Bereits Mitte der 90er Jahre hatte es in Form eines Wissenschaftler austauschs und der Errichtung von Handelsbeziehungen erste Kontakte zwischen beiden Staaten gegeben; seit 1997 besteht zudem eine Städtepartnerschaft zwischen Taipei und Ulan Bator.

Aus taiwanischer Sicht ist die Errichtung der Repräsentanzen ein kleiner diplomatischer Erfolg, der umso willkommener ist, als es sich bei der Mongolei um einen Nachbarn der mächtigen VR China handelt. Gleichzeitig dokumentiert sich in dem Schritt einmal mehr die in der Verfassungswirk-